

Protokoll Nr. 30 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: Dienstag, 25.02.2020
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:51 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzender
Ohling, Albert

SPD-Fraktion
Meinen, Regina
Meyer, Elfriede

GfE-Fraktion
Telschow, Silke für Doris Kruse

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Göring, André (bis 18:42 Uhr)

FDP-Fraktion
Busch, Friedrich

Stimmberechtigte Sonstige Mitglieder
Fritzsche, Karola
Gemler, Hella

Beratende Mitglieder
Ouedraogo, Abdou (ab 17:11 Uhr)
Wilts, Elfriede Vertreterin der Interessen behinderter Kinder
und Jugendlicher
Reibe, Ulf Stadtjugendpfleger
Sprengelmeyer, Thomas Leiter des Jugendamtes

Verwaltungsvorstand
Kruithoff, Tim Oberbürgermeister

von der Verwaltung
Christians, Jörg
Frein, Markus
Jaspers, Thomas
Bonn-Sommer, Renate
Seul, Elisabeth

Protokollführung
Bleeker, Sonja

Protokoll Nr. 30 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Ohling begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: Die Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung des Protokolls Nr. 27 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 14.11.2019

Beschluss: Das Protokoll Nr. 27 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 14.11.2019 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 5 Vorstellung Richtlinie Qualität
Vorlage: 17/1375

Frau Bonn-Sommer begrüßt die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses. Als Fachberatung für Kindertagesstätten des Fachdienstes Kinder und Familien stellt sie anhand einer Power-Point-Präsentation die wesentlichen Inhalte der Förderrichtlinie „Richtlinie Qualität“ des Nds. Kultusministeriums vor. Diese Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Herr Ohling bedankt sich für die Präsentation und bittet um Wortmeldungen.

Herr Göring fragt bezüglich der „Richtlinie Qualität“ nach, ob sich in der Vergangenheit tatsächlich alle Emdener Einrichtungen daran beteiligt hätten. Weiter möchte er wissen, ob zusätzliche Stellen dadurch geschaffen worden seien. In Bezug auf das Gütesiegel für Einrichtungen bittet er um nähere Erläuterungen. Er gibt an, dass ihn die Verteilung der Fördergelder an die einzel-

Protokoll Nr. 30 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

nen Einrichtungen verwundert habe. Diesbezüglich erkundigt er sich nach einer anderen Zuordnung. Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken schlägt er vor, die zweijährige Ausbildung zur staatlich geprüften sozialpädagogischen Assistentin/Assistenten in eine dreijährige Ausbildung umzuwandeln. Dieses würde er auch hinsichtlich der Qualität sinnvoll finden. Weiter fragt er nach der Ausbildungsvergütung und ob der Mindestlohn hier gelte.

Frau Bonn-Sommer erklärt, dass das Land bei der „QuiK-Richtlinie“ in 2017 die Verteilung der Fördergelder frei gelassen habe. Für die Antragstellung sei es jedoch notwendig gewesen, einen entsprechenden Verteilungsschlüssel zu entwickeln und einzureichen. Basis hierfür seien die Zahlen des Bundesamtes für Statistik gewesen. Zudem habe für die Entwicklung des Verteilungsschlüssels nur ein kurzer Zeitraum von Anfang Juli bis zur Gültigkeit des Antrages am 01.08.2017 zur Verfügung gestanden. In diesem Zeitraum mit den KiTa-Trägern einen Verteilungsschlüssel zu entwickeln, habe sich als schwierig erwiesen. Dennoch sei es in Absprache mit den KiTa-Trägern erreicht worden, die Fördergelder auf Grundlage von Interessensbekundungen und den vorgelegten Statistik-Protokollen gewährt zu bekommen. Damals hätten sich 18 KiTas beworben und dementsprechend großzügig seien Fördergelder ausgeteilt worden. Im Nachhinein sei das Vorgehen jedoch bemängelt worden, da einige KiTas die Chance nicht gehabt hätten, auch gefördert zu werden. Damit nunmehr alle KiTa-Gruppen berücksichtigt würden, sei ein neuer Verteilungsschlüssel entwickelt worden. Sie betont, dass durch die Berücksichtigung aller KiTa-Gruppen, die Förderung geringer geworden sei. Demzufolge konnten die nach der „QuiK-Richtlinie“ eingestellten Kräfte nicht eins zu eins übernommen werden. Ihre Arbeitsverträge mussten aufgrund der neuen Regelung gekündigt werden. Neue Arbeitsverträge seien mit Gültigkeit der neuen Richtlinie (ab 01.01.2020) geschlossen worden.

Hinsichtlich der zweijährigen Ausbildung zur staatlich geprüften sozialpädagogischen Assistentin/Assistenten teilt sie mit, in Absprache mit den umliegenden Berufsschulen sei festgestellt worden, dass eine entsprechende Anzahl an Auszubildenden in diesem Bereich nicht vorhanden sei. Deswegen sei die Vergütete Sozialassistentenausbildung in Kooperation mit der Berufsbildenden Schule I in Emden errichtet worden. Somit würden Schülerinnen und Schüler, die sich in Emden um einen Praxisplatz bewerben, eine Vergütung der Praxiszeiten von mind. 15 Wochenstunden erhalten. Zusätzliche Tätigkeiten in den Ferien seien möglich. Der Mindestlohn sei hier gültig. Sie weist darauf hin, dass es sich nach wie vor um eine schulische Ausbildung gem. des Nds. Ausbildungsgesetzes handeln würde.

In Bezug auf die KiTa-Leitungsfortbildung informiert sie, dass die Verwaltung nur Bildungsträger mit Gütesiegel beauftragen dürfe. Im Moment habe in Emden nur die Evangelische Familien-Bildungsstätte Emden dieses Gütesiegel.

Herr Busch begrüßt im Hinblick auf den Fachkräftemangel die Vergütete Sozialassistentenausbildung.

Frau Meyer erkundigt sich, ob auch Kinderkrippen gefördert würden. Hinsichtlich der zweijährigen Ausbildung zur staatlich geprüften sozialpädagogischen Assistentin/Assistenten möchte sie wissen, ob die Betreuung der Auszubildenden während der Praxistage für die KiTa-Leitungen eine zusätzliche Arbeitsbelastung darstellen würde.

Frau Gembler möchte hinsichtlich der zweijährigen Ausbildung zur staatlich geprüften sozialpädagogischen Assistentin/Assistenten wissen, ob durch das neue Verfahren zusätzliche Plätze geschaffen worden seien. Weiter fragt sie nach dem Bewerbungsverfahren für diese Ausbildung.

Frau Bonn-Sommer teilt zu der Frage von Frau Meyer mit, dass Krippen nicht gefördert würden, da Krippen eine dritte Fachkraft hätten. Das Land fördere jetzt speziell die Gruppe von Kindern im Alter von 3 Jahren bis zum Schuleintritt. Zu der Frage der zusätzlichen Mehrarbeit

Protokoll Nr. 30 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

durch Ausbildungsanleitung während der Praxistage weist sie auf die Fachkräfteakquise hin, die letztendlich auch für KiTa-Leitungen wichtig sei. Zudem gebe es einen Sachkostenzuschuss für Einrichtungen, die eine Praxisanleitung anbieten würden.

Die Frage von Frau Gemblar nach zusätzlichen Ausbildungsplätzen könne sie zum jetzigen Zeitpunkt nicht genau beantworten. Es würden 18 Ausbildungsplätze den Bewerbern zur Verfügung stehen. Sie hebt hervor, dass sich auch Quereinsteiger bewerben könnten. Sie macht darauf aufmerksam, dass bei der „Quik-Richtlinie“ auch nichtpädagogische Kräfte eingestellt worden seien. Diese Kräfte haben seinerzeit eine 160-stündige Zusatzschulung absolviert und ein Zertifikat erhalten. Dieses Zertifikat werde aufgrund von gesetzlichen Vorgaben nicht bei den KiTas anerkannt. Dementsprechend sei es positiv, dass diese sogenannten „Quik-Kräfte“ nunmehr durch die vergütete Sozialassistentenausbildung die Möglichkeit erhalten würden, nach Abschluss der Ausbildung als vollwertige Kräfte zu arbeiten.

Herr Ohling möchte wissen, ob altersübergreifende Gruppen in dem Programm als Krippe behandelt würden und wie der prozentuale Zuschuss sei.

Frau Bonn-Sommer teilt mit, altersübergreifende Gruppen würden als Kindertagesstätten behandelt und als volle Gruppe gefördert werden. Zudem sei der Betreuungsaufwand dieser Gruppen höher.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 6 Rahmenkonzeption offene Kinder- und Jugendarbeit
Vorlage: 17/1376

Herr Jaspers teilt mit, dass alle Mitarbeiter*innen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit der Stadt Emden die Arbeit in den verschiedenen Einrichtungen einmal konzeptionell erneuert und aufgestellt haben und nunmehr die entwickelte Rahmenkonzeption dafür vorstellen werden.

Herr Hölscher informiert einleitend, die neue Rahmenkonzeption bilde die Grundlage der pädagogischen Arbeit in den Einrichtungen und solle die fachliche Professionalität der praktizierten Sozialen Arbeit dar- und sicherstellen. Zudem diene sie den Mitarbeiter*innen einerseits zur Selbstevaluation, andererseits auch zur Anleitung für neue Kolleg*innen wie beispielsweise Mitarbeiter*innen im Berufsanerkennungsjahr, Praktikant*innen oder Projektstudent*innen. Auch werde sie zur Transparentmachung der Arbeit nach außen genutzt. Es sei ein öffentliches Dokument und könnte jederzeit eingesehen werden. Inhaltlich sei die Rahmenkonzeption in zwei Teile gegliedert. Der erste Teil bildet die Rahmenkonzeption, deren inhaltliche Grundlagen für alle Einrichtungen übergreifend gelten. Der zweite Teil bestehe aus den jeweiligen Einrichtungskonzepten, welche die spezifischen Institutionen und deren Arbeit beschreiben würden.

Frau Jasamin Pajeh (Kinder- u. Jugendzentrum Borssum), **Frau Odilie Ricken** (Kinder- u. Jugendhaus Barenburg), **Herr Eike Kubik** (Freizeitsportanlage „Big Point“) und **Herr Yannick Hölscher** (Kinder- und Jugendhaus Barenburg) erläutern anhand einer Power-Point-Präsentation ausführlich das Rahmenkonzept der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Sie gehen auf die wichtigsten Prinzipien und die Basis ihrer Arbeit ein. Diese Präsentation ist unter www.emden.de einsehbar.

Herr Ohling bedankt sich für den anschaulichen Vortrag und bittet um Wortmeldungen.

Herr Göring bedauert, dass die Namen der Mitarbeiter*innen, welche die Rahmenkonzeption entwickelt hätten, nicht aufgeführt seien. Hinsichtlich der Praxisarbeit möchte er wissen, wie mit Problemlagen umgegangen werde. Er bezieht sich hierbei auch auf die in der Rahmenkonzeption

Protokoll Nr. 30 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

tion beschriebene Zusammenarbeit mit anderen Institutionen. Auch fragt er nach der Einbindung von Eltern. In Bezug auf die Voraussetzungen und Grenzen der pädagogischen Arbeit erkundigt er sich nach der Handlungsfähigkeit sowie den Regenerationszeiten der Mitarbeiter*innen. Zum Thema Supervision bittet er um nähere Erläuterungen. Positiv hebt er die Einbindung der Jugendlichen im Rahmen der Praxisarbeit hervor.

Frau Ricken teilt mit, dass im Rahmenkonzept die Einrichtungen, welche bei der Entwicklung mitgewirkt hätten, aufgeführt seien. Dennoch begrüßt sie den Hinweis von Herrn Göring. Hinsichtlich der Umgangsweise bei Problemlagen informiert sie, dass die Mitarbeiter*innen ressourcenorientiert arbeiten würden. Zur Frage bezüglich der Einbindung von Eltern gibt sie an, dass es Kontakt zu einigen Eltern geben würde. Eine Beratung und Unterstützung würde hier allerdings nur auf freiwilliger Basis erfolgen, denn Eltern- und Erziehungsarbeit sei eine Aufgabe des Sozialen Dienstes. Zum Thema Regenerationszeiten der Mitarbeiter*innen teilt sie mit, dass diese von jedem Einzelnen selbst überprüft werde, aber auch innerhalb des Teams würde man untereinander auf sich aufpassen. Weiter führt sie aus, dass für die hauptamtlichen Mitarbeiter*innen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit der Stadt Emden Supervision stattfinde.

Herr Busch begrüßt das neue Rahmenkonzept und lobt die wertvolle Arbeit der Mitarbeiter*innen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Seiner Ansicht nach sei es wichtig, dass Kinder und Jugendliche durch Information eine Orientierung finden würden. In Bezug auf die Einrichtung eines Jugendparlaments fragt er nach, inwieweit die politische Arbeit durch die Jugendzentren junge Menschen fordere, fördere oder auch beeinflusse.

Frau Ricken denkt, dass ein Jugendparlament positiv funktionieren könne, wenn die Basis der Beteiligung für Jugendliche eindeutig sei und sie keine Alibifunktion einnehmen würden. Dieses solle gemeinsam in einem Prozess zusammen mit den Jugendlichen erarbeitet werden. Hier sei seitens der Jugendzentren eine Beteiligung bereits überlegt worden.

Herr Quedraogo begrüßt ebenfalls das vorgestellte Rahmenkonzept und bedankt sich für die interessanten und informativen Ausführungen. Er erkundigt sich, wie die Mitarbeiter*innen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit mit Jugendlichen umgehen, wenn es unter Jugendlichen zu politischen Diskussionen kommen würde und diese Situation zu eskalieren drohe.

Frau Ricken erklärt, dass normalerweise auf einer Ebene diskutiert werde, bei der jeder eine Meinung habe und jeder habe ein Recht auf Meinung. Meinungen dürfen in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit nebeneinander bestehen. Es sei ein Raum, in dem man sich diese unterschiedlichen Meinungen sagen dürfe, ohne dafür verurteilt zu werden.

Herr Reibe betont, dass für die Entwicklung des Rahmenkonzeptes intensive Diskussionen im Kollegenkreis stattgefunden hätten und dieser Prozess insgesamt mehrere Jahre in Anspruch genommen habe. Nunmehr würde das Konzept diesem Ausschuss vorgelegt, um diese Arbeit auf solidarischer Ebene der Politik und auch der Verwaltungsspitze transparent zu machen. Von außen herangetragene Anregungen könnten dadurch noch mit einfließen. Deshalb fordere er auf, sich mit der Thematik auseinanderzusetzen und Fragen zu stellen. Hinsichtlich der Grundlagen der Supervision teilt er mit, dass das Sozialgesetzbuch eine Qualitätsentwicklung und -sicherung im Bereich der pädagogischen Arbeit verlange. Weiter sei vorgeschrieben, dass ein angemessener Anteil an Mitteln für die Jugendhilfe bei der Jugendarbeit ausgegeben werden müsse. Emden sei hier in den letzten Jahren auf dem gleichen Stand geblieben und habe sich leider nicht ganz weiterentwickeln können. Er spricht sich dafür aus, dieses genauer zu betrachten.

Frau Meinen bedankt sich bei den Teams der Jugendzentren für ihre Arbeit. Sie lobt die Vielzahl an Möglichkeiten, bei denen sich Emden Jugendliche treffen und dadurch ihre persönliche

Protokoll Nr. 30 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Entwicklung fördern könnten. Sie erkundigt sich nach den Jugendtreffs im Stadtteil Transvaal und Wybelsum und ob diese zum Rahmenkonzept dazugehören würden.

Herr Sprengelmeyer bedankt sich ebenfalls bei den Kolleginnen und Kollegen des Fachdienstes Jugendförderung ganz herzlich für ihre alltägliche Arbeit und spricht seine Hochachtung dafür aus. Durch die Präsentation sei deutlich geworden, mit welcher Haltung und mit welcher Konsequenz diese anspruchsvolle Arbeit versehen sei. Er weist darauf hin, dass die vorgestellte Rahmenkonzeption im nächsten Ausschuss beschlossen würde, und die Fraktionen die Möglichkeit hätten, sich noch einmal näher mit dem Thema zu beschäftigen. Deutlich macht er, dass diese Konzeption dann für die gesamte Offene Kinder- und Jugendarbeit der Stadt Emden stehe, in der die Werte, das Herangehen und die die Haltung niedergeschrieben seien. Für diese sei dann auch die Politik dieser Stadt verantwortlich.

Herr Kruthoff hebt ebenso die Arbeit des gesamten Teams der Offenen Kinder- und Jugendarbeit hervor und lobt ihr Engagement, das seiner Ansicht nach wertvoll und unersetzlich sei.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 7 Kinder- und Jugendschutz
Vorlage: 17/1377

Herr Sprengelmeyer stellt einleitend Herrn Borsutzky als neuen Mitarbeiter des Fachdienstes Jugendförderung vor. Seit einigen Monaten sei er für den Bereich Kinder- und Jugendschutz zuständig.

Frau Gemblert bedauert, dass aufgrund der vorangeschrittenen Uhrzeit viele Anwesende die Sitzung verlassen würden. Daher stellt sie den Antrag auf Vertagung von TOP 7 „Kinder- und Jugendschutz“ auf die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses.

Herr Ohling stellt fest, dass der Antrag auf Vertagung auf die nächste Sitzung gestellt worden sei und bittet um Abstimmung.

Beschluss: einstimmig

Ergebnis: Vertagt

TOP 8 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Herr Reibe bittet darum, noch in diesem Monat die Zuschuss-Anträge zur Jugendarbeit, wie beispielsweise Fahrtenlager, internationale Begegnungen, Kinder- und Jugenderholung und die verbandliche Gruppenarbeit, zu stellen. In diesem Zusammenhang weist er auf die Fahrt vom Kinderschutzbund nach Borkum hin, die in diesem Jahr zum 30. Mal stattfinden werde. Weiter teilt er mit, dass bedauerlicherweise einige Freizeiten nicht mehr stattfinden würden, u. a. seien Fahrten des CVJM wie auch die sehr erfolgreiche Fahrt der AWO nach Grandcamp-Maisy in Frankreich in diesem Jahr leider nicht durchführbar.

Protokoll Nr. 30 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

TOP 9 Anfragen

1. Jugendzentrum Petkum

Herr Busch erkundigt sich, ob die Kinder- und Jugendarbeit im Jugendzentrum Petkum aktiv sei.

Herr Jaspers teilt mit, das Jugendzentrum sei noch aktiv und es würden derzeit auch Gespräche stattfinden.

2. KiTa-Online-Anmeldeverfahren

Frau Telschow gibt an, dass durch das neue KiTa-Online-Anmeldeverfahren den Eltern erst spät eine Zusage auf einen KiTa-Platz ihres Kindes mitgeteilt würde. Sie möchte wissen, ob es für das Anmeldeverfahren in Zukunft eine andere Lösung geben könnte.

Herr Sprengelmeyer teilt mit, dass er die Anregung mitnehmen werde. Dieses Jahr würden diesbezüglich Erfahrungen gemacht werden, die dann ggf. weitergestaltet würden.

Frau Bonn-Sommer informiert, dass das Anmeldeverfahren aufgrund der gesetzlichen Änderungen hinsichtlich der Schulanmeldungen erst einmal auf März gelegt worden sei. Sie erklärt, Eltern von sogenannten Flexi-Kindern, dieses seien Kinder die zwischen Juni und September geboren wurden, könnten bis zum 1. Mai entscheiden, ob sie ihr Kind in diesem Jahr einschulen lassen möchten.

Herr Busch möchte diesbezüglich wissen, ob Geschwisterkinder im selben Kindergarten untergebracht würden.

Frau Bonn-Sommer erklärt zum Anmeldeverfahren, dass die Eltern eine entsprechende Datenmaske ausfüllen müssten. Ein wichtiges Kriterium, wonach die KiTa-Leitungen entscheiden, ob ein Kind in der Einrichtung aufgenommen werde, sei hierbei u. a. die Angabe von Geschwisterkindern in der Einrichtung.

3. Zusammenlegung der Spielplätze

Herr Ohling gibt an, dass im Rat die Zusammenlegung der Spielplätze beschlossen worden sei. Bereits im Ausschuss des GME habe die CDU-Fraktion nach dem Sachstand gefragt, nunmehr erkundigt er sich in diesem Ausschuss danach.

Herr Sprengelmeyer teilt zu den Spielplätzen mit, dass zurzeit viele Gespräche stattfinden würden und der Prozess kurz vor dem Abschluss stehe. Sobald der Prozess abgeschlossen sei, würde über eine entsprechende Vorlage der Ausschuss informiert werden.

4. Bildung eines Jugendparlaments

Herr Ohling gibt an, dass kürzlich bei einem ersten Zusammentreffen hinsichtlich der Bildung eines Jugendparlaments die Vertretung der Jungen Union zunächst nicht eingeladen worden sei. Später habe er erfahren, dass kurzfristig dann noch ein Vertreter zum Treffen dazugekommen sei. Deshalb gehe er davon aus, dass die entsprechenden Kontaktdaten nunmehr ausgetauscht worden seien.

Herr Reibe antwortet, die Kontaktdaten der Jungen Union seien aufgenommen worden und sie würden auch am weiteren Prozessverlauf zur Bildung eines Jugendparlaments teilnehmen.

Protokoll Nr. 30 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Darüber hinaus ruft er jeden Jugendlichen oder jede Gruppe von Jugendlichen, die gerne das Jugendparlament mitgestalten möchten, dazu auf, sich bei ihm zu melden.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.